

Klima stabilisieren, Deutschland modernisieren

Stellungnahme des Deutschen Klima-Konsortiums (DKK) zu den Koalitionsverhandlungen und der UN-Klimakonferenz in Bonn

Berlin, 9. November 2017 – Der UN-Klimagipfel in Bonn sendet auch eine Botschaft nach Berlin, wo jetzt die Parteien über die Bildung einer neuen Bundesregierung verhandeln.

Erstens: Wenn wir das Klima stabilisieren, schaffen wir auch Stabilität in der Welt. Wetterextreme und Meeresspiegelanstieg bedrohen Menschenleben, Natur sowie Hab und Gut. Risiken für weltweite Lieferketten oder zunehmende Migration sind weitere Folgen. Das trifft auch Deutschland. Das Jahr 2017 ist schon jetzt ein Jahr der Wetterextreme. Klimaschutz ist Teil einer präventiven Politik für Stabilität und Sicherheit.

Zweitens: Damit die weltweite Klimastabilisierung gelingt, wie im Pariser Klimaabkommen vereinbart, braucht es nationale Vorbilder wie Deutschland. Die neue Bundesregierung hat es in der Hand, den internationalen Klimaschutz durch eine kluge Politik vor allem auch in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen voranzubringen – oder durch Nichtstun die Risiken in die Höhe zu treiben. Klimaschutz sichert Deutschlands Rolle als technologischer Vorreiter und Exportnation.

Extremwetter macht Klimarisiken spürbar

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Deutschen Klima-Konsortiums sind besorgt, dass diese Botschaften in den laufenden Koalitionsverhandlungen kaum gehört werden und Klimaschutz noch immer als ein Nischenthema missverstanden wird. So kommunizieren es viele Medien, so sprechen es viele Politiker an.

Die Bürgerinnen und Bürger werden im Unklaren darüber gelassen, dass sich der Zug in die postfossile Welt längst in Bewegung gesetzt hat und es sich Deutschland nicht leisten kann, den Schlusslichtern hinterher zu blicken. Energie aus erneuerbaren Quellen ist heute schon wettbewerbsfähig. Die größten Solarkraftwerke, die konkurrenzlos billigen Strom produzieren, stehen heute in Indien oder am Arabischen Golf; China investiert rasant in Erneuerbare Energien. Und das ist erst der Anfang. So wie die deutsche Automobilindustrie heute schon den Innovationsdruck aus China zu spüren bekommt, könnte es bald auch anderen Branchen gehen.

Die Öffentlichkeit wird auch darüber im Unklaren gelassen, dass Deutschlands Klimaziel 2020 kein Statement einer Sonntagsrede darstellt, sondern eine Verpflichtung, die die damalige Bundesregierung gegenüber der Bevölkerung eingegangen ist und die sie in den Pariser Klimavertrag eingebracht hat. Deutschland wird dieses Ziel aber deutlich verfehlen – voraussichtlich werden die Treibhausgasemissionen nur um 32 statt der versprochenen 40 Prozent im Vergleich zu 1990 verringert. Damit rücken die Klimaziele für die Jahre 2030 (mindestens 55 Prozent) sowie für 2050 (80 bis 95 Prozent) in weite Ferne und Deutschlands Image als verlässlicher Partner ist im Begriff Schaden zu nehmen. Wer das verschweigt, ist unehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind heute fast überall auf der Welt sichtbar und mehr noch, für immer mehr Menschen am eigenen Leib erfahrbar. Wetterextreme wie

Starkniederschläge oder Dürren nehmen im Mittel über alle Kontinente zu. Das ist statistisch belegt. Der Anstieg der Meeresspiegel ist bereits für Millionen von Menschen eine reale Gefahr. In Deutschland nehmen die Hitzetage zu. Wissenschaftlich gesichert ist, dass sich diese Entwicklungen in der Zukunft weiter verstärken werden.

Alle drei Punkte – die Frage der Zukunftsfähigkeit, der Glaubwürdigkeit und der realen Erfahrungen – zeigen, dass die neue Bundesregierung jetzt handeln und gestalten muss.

Die neue Bundesregierung muss den Ausstieg aus der Kohleverstromung jetzt beginnen

Die kommende Legislaturperiode muss genutzt werden, um den Kohleausstieg zu beginnen. Die Kohleverstromung liefert den Löwenanteil der schädlichen Treibhausgasemissionen, weltweit wie in Deutschland. Ohne den raschen Ausstieg aus der Kohle kann Deutschland keines seiner Klimaziele erreichen. Seit acht Jahren stagnieren die Emissionen in Deutschland auf hohem Niveau – trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, die im vergangenen Jahr 29 Prozent am Strommix ausmachten.

Für den Ausstieg aus der Kohle braucht es einen zuverlässigen Fahrplan, der den Unternehmen und den Beschäftigten Sicherheit und Orientierung bietet. Das jüngste Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen zeigt eine plausible Roadmap für einen sozial gerechten Ausstieg auf. Wir unterstützen die Forderung des Gremiums, dass die kommende Legislaturperiode genutzt werden muss, um diesen Prozess in Gang zu setzen und in den nächsten 20 Jahren komplett zu vollziehen. Nur so kann Deutschland seine Verpflichtungen im Klimaschutz gegenüber der Weltgemeinschaft einhalten.

Noch existieren weltweit Pläne für mehr als 1000 neue Kohlekraftwerke. Wenn sie gebaut würden, wäre alles, was in Paris beschlossen wurde, zunichte. Die meisten dieser Kraftwerke rechnen sich betriebswirtschaftlich ohnehin nur, weil sie staatlich subventioniert werden. Würden ihnen auch noch die Gesundheits- und Umweltkosten zugerechnet, wäre sofort klar, dass Kohle keine kostengünstige Lösung für die Energieprobleme der Welt ist. Wenn Deutschland in den Schwellenländern dafür werben will, die Ausbaupläne für Kohlekraftwerke einzustellen, dann muss es auch bereit sein voranzugehen und die eigenen Kohlemeiler zügig abschalten.

Die weltweiten CO₂-Emissionen stiegen in den vergangenen drei Jahren nur deshalb so langsam, weil insbesondere die großen Emittenten China und die USA bei der Energieerzeugung Kohle durch Wind und Sonne sowie das klimafreundlichere Erdgas ersetzt haben. China wird nach derzeitigem Stand über 100 geplante Kohlekraftwerke nicht mehr bauen.

Die neue Bundesregierung hat die Chance, ein Modernisierungsbündnis zu bilden

Gerade auch die Digitalisierung kann helfen, dezentral erzeugten Strom aus Sonne und Wind intelligent zu verteilen und zu speichern – hier kann und muss unser Land Spitzentechnologie entwickeln und exportieren. Das bietet langfristig Arbeitsplatzchancen für viele Menschen im Land wie auch eine nachhaltige Entwicklungsperspektive für viele Staaten.

Klimafreundliche Technologien sind Motor für Innovation und Arbeitsplätze. Strom aus Sonne und Wind ist vielerorts bereits billiger als neue Kohlekraftwerke oder Atomstrom; und dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass die globalen Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren nicht noch weiter gestiegen sind.

Die Finanzmärkte haben die Energiewende schon eingepreist: Wenn ein Unternehmen wie Tesla mit einem Marktanteil im Promillebereich des Automarkts zeitweise einen höheren Börsenwert hat als ein großer Automobilkonzern wie BMW, dann wird klar, wo Investoren die Zukunft sehen. Und wenn große Kohleunternehmen in den vergangenen Jahren große Teile ihres Börsenwerts verloren haben oder sogar in Konkurs gingen, spiegelt auch dies die Erwartungen des Markts über die Zukunft der Energiewirtschaft wieder.

Es ist verständlich, dass Vertreter von Unternehmen, deren Produkte nicht mehr zukunftsfähig sind, um Erhaltungssubventionen kämpfen. Wir verstehen aber nicht, wenn die Bundesregierung sich dieser Haltung anschließt und die Vergangenheit auf Kosten der Gegenwart künstlich am Leben erhält, anstatt die Zukunft zu gestalten.

Die Zwei-Grad-Grenze ist ein Versprechen an unsere Kinder

Der Pariser Klimavertrag ist das Versprechen an unsere Kinder und Enkel, die Erwärmung der Erdoberfläche deutlich unter zwei Grad Celsius zu halten. Für die heutige Generation erwächst daraus die Verpflichtung, jetzt schnell zu handeln. Denn das Ziel von Paris ist nur zu erreichen, wenn die Transformation der weltweiten Energiesysteme in den nächsten zehn Jahren konsequent in Angriff genommen wird. Wenn die CO₂-Emissionen auf dem heutigen Niveau verharren und der Temperaturanstieg unter zwei Grad Celsius liegen soll, dann darf die Weltgemeinschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts praktisch kein CO₂ mehr ausstoßen. Es ist also dringend, auf nationaler und internationaler Ebene zu handeln und die Weichen für eine schnelle Verringerung der Treibhausgasemissionen zu stellen. Es geht hier um eine globale Umstrukturierung der Weltwirtschaft. Das kann nicht in ein paar Jahren erreicht werden – deshalb muss so schnell wie möglich damit begonnen werden.

Weiter steigende Temperaturen führen nicht nur zu mehr Wetterextremen, sondern auch zu einem weiteren Anstieg der Meeresspiegel. Hier stoßen wir innerhalb weniger Jahrzehnte etwas an, das sich dann unaufhaltsam über viele Jahrhunderte fortsetzen wird. Davon betroffen sind insbesondere Inselstaaten wie die Republik Fidschi, zumal in dieser Region die Pegel seit Beginn der Satellitenmessungen 1992 doppelt so schnell steigen wie im globalen Durchschnitt. Aber auch die Küsten der USA sind bedroht, wie die Millionenmetropole Miami im US-Bundesstaat Florida, die heute schon mit den Folgen der steigenden Pegel zu kämpfen hat – und auf lange Sicht auch die deutschen Küsten.

Den CO₂-Preis als Beschleuniger der Energiewende nutzen

Neben einem freien Markt braucht es dazu neue gesetzliche und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die Unternehmen und Verbrauchern Anreize bieten, ihren Energie- und Ressourcenverbrauch möglichst schnell zu drosseln. Das zentrale Element, das Ökonomen schon lange fordern, ist ein Preis für die Emissionen von Treibhausgasen, allgemein als CO₂-Preis bezeichnet. Ein solcher Preis ist der dringend benötigte Beschleuniger der Energiewende in Deutschland und weltweit. Auch ohne ihn ist die Energiewende bereits auf dem Weg, aber sie ist viel zu langsam. Gerade in einem klassischen Industrieland wie Deutschland hilft ein CO₂-Preis, der deutlich über den heutigen Preisen liegen muss, die postfossile Wirtschaft rechtzeitig zu entwickeln. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) hat gerade eine Beschleunigung der Anstrengungen in der Energiewende gefordert. Insbesondere mit Blick auf das europäische Emissionshandelssystem könnte ein solcher CO₂-Preis eine wichtige Lenkungswirkung entfalten.

Wer die Transformation schnell umsetzt, wird nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern die eigene wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern und langfristig sichern. Die Belohnung für zukunftsfähige Energiestrategien ist wirtschaftlicher Fortschritt und Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse: Die Verweigerer werden in wenigen Jahren die wirtschaftlichen Nachteile des Beharrens auf alten Strukturen tragen müssen, die Vorreiter werden die Gewinner der postfossilen Welt sein! Viele Unternehmen haben das verstanden. So wird unter anderem Google in diesem Jahr seinen gesamten Energiebedarf aus Erneuerbaren Energien decken. Eine moderne Wirtschaftspolitik muss dafür geeignete Rahmenbedingungen schaffen.

Klimawandel können sich allenfalls Reiche leisten – er trifft die kleinen Leute

2017 ist ein Jahr der Wetterextreme: Starkniederschläge und Überschwemmungen im Harz, Trockenheit und Waldbrände im Süden Europas, Starkregen auch in Teilen Asiens und Afrikas mit Überschwemmungen, Verwüstungen und vielen Toten, eine Serie von Hurrikans mit ungewöhnlich großer Stärke in der Karibik und an den Küsten der USA – und noch ist die Saison nicht zu Ende. Schon die heutige „Ein-Grad-Welt“ ist eine große Herausforderung, der insbesondere die Armen der Welt nicht gewachsen sind.

Ungebremsten Klimawandel können sich allenfalls Reiche leisten. Die Folgen treffen weltweit wie auch bei uns vor allem die kleinen Leute, die Ernterisiken mit steigenden Lebensmittelpreisen bezahlen, die wachsenden Gefahren für ihre Gesundheit durch Infektionskrankheiten oder Hitzestress ausgesetzt sind oder deren Hab und Gut durch Extremwetter gefährdet wird.

Klimapolitik ist Politik für die Mehrheit der Menschen!

Link und Download

Diese Stellungnahme ist auf der Website des Deutschen Klima-Konsortiums verfügbar:
<http://www.deutsches-klima-konsortium.de/de/ueber-uns/positionen/stellungnahmen.html>

Das Deutsche Klima-Konsortium

Das DKK ist ein Wissenschaftsverband und vertritt führende Akteure der deutschen Klimaforschung und Klimafolgenforschung. Dazu gehören Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden. Das DKK steht für wissenschaftsbasierte Politikberatung, greift aktuelle Klimathemen auf und liefert Hintergründe aus Expertensicht.

Vorstand

- **Prof. Dr. Mojib Latif**, GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel, Vorstandsvorsitzender
- **Dr. Paul Becker**, Deutscher Wetterdienst
- **Prof. Dr. Gernot Klepper**, Institut für Weltwirtschaft
- **Prof. Dr. Jochem Marotzke**, Max-Planck-Institut für Meteorologie
- **Prof. Dr. Monika Rhein**, Institut für Umweltphysik und Zentrum für Marine Umweltwissenschaften, Universität Bremen